

Das wachsende Kindergeld

Die Politik kann Eltern und Kindern den Alltag erleichtern. Aber die Erfahrung lehrt: Der Staat gründet keine Familien.

26.04.2015, von FLORENTINE FRITZEN



© DPA 

Für diesen Preis gibt es keine Kinder.

Diese Woche ging es im Bundestag um Kinder und Geld. Die Abgeordneten berieten ein Gesetz der Bundesregierung, das Familien bei der Steuer stärker entlastet und das Kindergeld ein wenig anhebt: dieses Jahr um vier, nächstes um weitere zwei Euro. Dann gibt es 190 Euro im Monat für das erste und zweite Kind, 196 für das dritte, 221 für jedes weitere. Wobei nur jede zehnte Frau in Deutschland mehr als zwei Kinder bekommt.



Autorin: Florentine Fritzen, Redakteurin in der Politik der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung.
Folgen:

Auch darüber sprechen Politiker oft: Führt das, was sie Familien anbieten, überhaupt dazu, dass die

Leute mehr Kinder kriegen? Im Bundestag waren Finanz- wie Familienpolitiker der Ansicht, dass Geld allein jedenfalls keine Kinder macht. Die CSU-Politikerin Gudrun Zollner brachte es so auf den Punkt: „Nur mit finanzieller Förderung werden wir keinen neuen Baby-Boom auslösen. Wir brauchen ein gesellschaftliches Umdenken, eine Willkommenskultur für Kinder.“

Das Wort Willkommenskultur gehört sonst zum Vokabular von Politikern, die sich mit Asyl, Einwanderung und Flüchtlingen befassen. Den Satz „Wir brauchen eine Willkommenskultur“ begründen sie meist nicht mit reiner Menschlichkeit, sondern mit dem Fachkräftemangel. Ähnlich betonte Familienministerin Manuela Schwesig von der SPD im Bundestag, dass die Unterstützung von Familien nicht nur als Sozialleistung zu verstehen sei, sondern auch den Wohlstand sichere.

Mehr zum Thema

Familienpolitik: CDU-Politiker fordert mehr Kindergeld für Großfamilien
CSU rüttelt an der staatlichen Kita-Förderung
Betreuungsgeld: Ein Fall für Karlsruhe
Betreuungsgeld: Richter haben wohl große Zweifel
Koalition erhöht Kindergeld um 6 Euro

Eine Willkommenskultur für Einwanderer wünschen sich die Verantwortlichen auch angesichts der bedrohlich alternden Gesellschaft. Wird der demographische Trend nicht gemildert, haben die immer älter werdenden Deutschen kaum eine

Zukunft, zumindest sind ihre Rente und ihre Pflege nicht sicher. Also braucht die Gesellschaft Einwanderer – und eben Kinder, zumindest dann, wenn sie ihre Wurzeln nicht kappen will.

Ausländerbehörden nennen sich neuerdings „Willkommensbehörden“. Erst diese Woche hat die Stadt Mainz beschlossen, bei einem entsprechenden Bundesprojekt mitzumachen, neun andere Kommunen sind schon dabei. Vielleicht heißen die Kreißsäle städtischer Kliniken ja bald auch Willkommenssäle. Aber würde das oder die allerbeste politisch geschaffene Willkommenskultur die Geburtenrate entscheidend beeinflussen? Wissenschaftler zweifeln daran. Ein neuer Baby-Boom ist unwahrscheinlich, ganz egal, was Familienpolitiker sich ausdenken. Das hat weder etwas mit den Zwängen der Finanzpolitik zu tun, noch damit, dass es an Angeboten fehlt. Jungen Familien wird heute viel mehr geboten als früher, nicht nur, aber auch finanziell.

Arbeitgeber sind nicht erfreut

Es gibt Betreuungsgeld, Kindergeld und vor allem Elterngeld. Es gibt Kitas, in denen sich Kinder wohlfühlen können, mit Öffnungszeiten, von denen die Eltern der heutigen Eltern nur träumen konnten. Es gibt Tagesmütter und Leih-Omas. Kinder sind fast allen Deutschen willkommen, und nicht nur abstrakt als Retter der Demographie. Sondern auch im Alltag: Fast jeder findet Kinder toll, wie alles, was niedlich oder nicht mehr ganz selbstverständlich ist. Überall bekommen Kinder Gummibärchen, Traubenzucker und freien Eintritt. Selten verdreht jemand die Augen, wenn eine Mutter oder ein Vater irgendwo mit Nachwuchs auftaucht, so lange der nicht zu sehr plärrt. Selbst am Arbeitsplatz ist so ein Besuch Grund zur Freude im Kollegenkreis.

Das alles ist schön für die Familien, die es schon gibt. Aber neue entstehen offenbar aus anderen Gründen. Einer davon könnte Liebe sein. Ein anderer ist Mut – der Mut, anders weiterzuleben als bisher. Die meisten jungen Leute wollen Kinder, irgendwann, zumindest grundsätzlich. Warum zögern viele? Ein Grund mag sein, dass viele Arbeitgeber nicht hellauf begeistert von Kindern sind, zumindest dann nicht, wenn ihre Angestellten sie bekommen. Das wiederum hängt mit dem Willkommenspaket zusammen, das die Politik für Familien geschnürt hat und das, zum Glück der Familien, immer weiter wächst.

Es wächst, obwohl die Finanzpolitik durchaus Grenzen setzt. Die Forderung, das Kindergeld müsse zweistellig steigen, verhalte in der aktuellen Debatte, weil jeder einsieht, dass auch haushalterische Zurückhaltung dazu beiträgt, die Zukunft einer Gesellschaft zu sichern.

Den richtigen Zeitpunkt gibt es nicht

Mütter und Väter, die in Elternzeit gehen, verursachen Arbeitgebern Kosten. Die Mitarbeit von Teilzeitkräften zu organisieren ist aufwendiger, als wenn alle immer voll verfügbar sind. Signalisiert ein Chef, dass es ihn in seiner Funktion als Arbeitgeber nicht gerade freut, wenn Mitarbeiterinnen schwanger werden, kann das zur Folge haben, dass Paare länger warten, bis sie Kinder bekommen. Ein besonderes Hemmnis sind befristete Arbeitsverträge. Sie führen dazu, dass Familien später gegründet werden. Was wiederum zur Folge hat, dass dem ersten Kind oft nur noch ein Geschwister folgt – oder gar keins mehr.

Der Staat kann aber nicht zu viele Freiheiten für Familien schaffen, wenn der Arbeitsmarkt passabel funktionieren soll, und er sollte es auch nicht. Denn den richtigen Zeitpunkt fürs Kinderkriegen gibt es sowieso nicht. Wer etwa einen unbefristeten Vertrag hat, der wartet vielleicht immer auf den nächsten Schritt: noch eine Gehaltsrunde, eine Personalentscheidung. Oder der Kinderwunsch wird aus privaten Gründen vertagt. Paare, die klarer sehen und besprechen, wie sie sich ihre Aufgaben mit Kindern teilen werden, entscheiden sich eher für Nachwuchs als andere, die im Kampf darum einen Stressfaktor wittern. Wer glaubt, viel zu verlieren zu haben, wagt es später oder vielleicht gar nicht.

Immerhin: Von denen, die sich trauen, bereut hinterher kaum jemand den Sprung ins Familienleben. Selbst Frauen, die ihre Entscheidung bereuen, betonen, dass sie die Kinder lieben - nur nicht die Mutterschaft. Einige aber, und wahrscheinlich ist diese Zahl in der Mittelschicht sogar ziemlich erheblich, betrauern oder bedauern, dass individuelle Möglichkeiten jetzt geschrumpft oder verpasst sind.

Wahlfreiheit ist wichtig

Aber damit müssen sie klarkommen. Denn kein Mensch kann sich klonen und gleichzeitig mit vollem Einsatz arbeiten, Geld verdienen oder sich selbst verwirklichen. Auch eine noch familienfreundlichere Politik hülfe nicht. Eine 24-Stunden-Ganztagsschule kann niemand wollen, der Kinder will. Das Leben mit Kindern bedeutet, dass vieles anders kommt, als man einmal dachte. Wer viel mit seinen Kindern zusammen sein möchte, wird im Beruf weniger erreichen. Wer viel im Beruf erreichen möchte, wird weniger Zeit für seine Kinder haben. Das ist einfach so.

Deshalb ist Wahlfreiheit so wichtig. Die verschiedenen Präferenzen innerhalb der großen Koalition halten sich da zur Zeit ganz gut die Waage: Die einen setzen sich für gute Tagesbetreuung ein, und zum Glück sind nur wenige so verbohr, dass sie meinen, jedes Kind unter drei sollte am besten bis spätnachmittags in eine Kita. Die anderen sorgen dafür, dass jeder ohne Not auf Fremdbetreuung verzichten kann. Wichtig ist aber auch, dass Familien in Notlagen Hilfe bekommen. Und dass Alleinerziehende entlastet werden, wie es der Gesetzentwurf jetzt ebenfalls vorsieht. Geld allein macht keine Kinder. Der Staat kann Familien helfen, jeder auf ihre Weise. Er kann sie aber nicht in die Welt setzen.

Quelle: F.A.S.

Frankfurter Allgemeine
